Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7116**

19. Wahlperiode 17.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Zaklin Nastic, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/3906 –

Den Staat Palästina anerkennen und Waffenlieferungen in den Nahen Osten stoppen

A. Problem

Die Chance auf eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes scheint heute geringer denn je, so die Einschätzung der Antragsteller. Die derzeitige Eskalation der Gewalt, die US-Präsident Donald Trump mit seiner Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem provoziert habe, sei durch nichts zu rechtfertigen und müsse durch die Bundesregierung verurteilt werden. Darüber hinaus erlebe man eine eklatante Verletzung des internationalen Rechts und der Menschenrechte im Gazastreifen. Gegen beides müsse sich die Bundesregierung einsetzen.

Es brauche einen neuen Anlauf für einen Friedensprozess im Nahen Osten mit einer Perspektive für eine Zweistaatenlösung: mit einem sicheren, demokratischen und von allen Nachbarn anerkannten Israel und einem lebensfähigen, unabhängigen, demokratischen Staat Palästina in den Grenzen von 1967, in guter vertrauensbildender Nachbarschaft.

Als einen wichtigen Schritt in diese Richtung möge der Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern, Palästina als Staat anzuerkennen und jegliche Lieferung deutscher Waffen in das Spannungsgebiet Naher Osten zu unterbinden, denn das schüre bestehende Konflikte und untergrabe Ansätze zur friedlichen Konfliktbeilegung.

Der Bundestage möge die Bundesregierung weiter dazu auffordern:

- ihre Nahostpolitik auf Deeskalation und Zurückdrängung von Gewalt sowie auf die Stärkung der Friedenskräfte auszurichten;
- die Initiative für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten zu ergreifen, auch um zu einer Vereinbarung über einen atomwaffenfreien Nahen Osten zu kommen;

- sich für die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen und dafür einzusetzen, dass beide Parteien die Lösung des Konfliktes mit nichtmilitärischen Mitteln anstreben;
- auf ein sofortiges Ende des Siedlungsbaus und die Möglichkeit eines einvernehmlichen Gebietsaustausches nach Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates zu drängen;
- sich dafür einzusetzen, dass die Staatenlosigkeit von Palästinensern erfasst und bekämpft wird;
- sich für ein Ende der Besatzung und der völkerrechtswidrigen Blockade des Gazastreifens durch Israel und Ägypten einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/3906 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Petr Bystron
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Dr. Nils Schmid, Petr Bystron, Bijan Djir-Sarai, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/3906** in seiner 68. Sitzung am 29. November 2018 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Chance auf eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes scheint heute geringer denn je, so die Einschätzung der Antragsteller. Die derzeitige Eskalation der Gewalt, die US-Präsident Donald Trump mit seiner Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem provoziert habe, sei durch nichts zu rechtfertigen und müsse durch die Bundesregierung verurteilt werden. Darüber hinaus erlebe man eine eklatante Verletzung des internationalen Rechts und der Menschenrechte im Gazastreifen. Gegen beides müsse sich die Bundesregierung einsetzen.

Es brauche einen neuen Anlauf für einen Friedensprozess im Nahen Osten mit einer Perspektive für eine Zweistaatenlösung: mit einem sicheren, demokratischen und von allen Nachbarn anerkannten Israel und einem lebensfähigen, unabhängigen, demokratischen Staat Palästina in den Grenzen von 1967, in guter vertrauensbildender Nachbarschaft.

Als einen wichtigen Schritt in diese Richtung möge der Bundestag die Bundes-regierung dazu auffordern, Palästina als Staat anzuerkennen und jegliche Lieferung deutscher Waffen in das Spannungsgebiet Naher Osten zu unterbinden, denn das schüre bestehende Konflikte und untergrabe Ansätze zur friedlichen Konfliktbeilegung.

Der Bundestage möge die Bundesregierung weiter dazu auffordern:

- ihre Nahostpolitik auf Deeskalation und Zurückdrängung von Gewalt sowie auf die Stärkung der Friedenskräfte auszurichten;
- die Initiative für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten zu ergreifen, auch um zu einer Vereinbarung über einen atomwaffenfreien Nahen Osten zu kommen;
- sich für die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen und dafür einzusetzen, dass beide Parteien die Lösung des Konfliktes mit nichtmilitärischen Mitteln anstreben;
- auf ein sofortiges Ende des Siedlungsbaus und die Möglichkeit eines einvernehmlichen Gebietsaustausches nach Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates zu drängen;
- sich dafür einzusetzen, dass die Staatenlosigkeit von Palästinensern erfasst und bekämpft wird;
- sich für ein Ende der Besatzung und der völkerrechtswidrigen Blockade des Gazastreifens durch Israel und Ägypten einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/3906 in seiner 23. Sitzung am 16. Januar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 19/3906 in seiner 21. Sitzung am 16. Januar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/3906 in seiner 23. Sitzung am 16. Januar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 16. Januar 2019

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Petr Bystron
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.